

Brüssel, den 20. Mai 2025
(OR. en)

8781/25
ADD 1

Interinstitutionelles Dossier:
2024/0299 (NLE)

SAN 204
PHARM 63
COVID-19 10
PROCIV 48

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Beschluss des Rates mit dem Ersuchen an die Mitgliedstaaten, im Interesse der Europäischen Union die im Anhang der Resolution WHA77.17 enthaltenen und am 1. Juni 2024 angenommenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) anzunehmen – <i>Annahme</i> – <i>Erklärung der Slowakei</i>

Erklärung der Slowakischen Republik über den Beschluss des Rates zur Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Die Slowakische Republik erkennt die Bedeutung der Verpflichtungen, die sich aus ihrer EU-Mitgliedschaft ergeben, uneingeschränkt an und würdigt nachdrücklich die gemeinsamen Anstrengungen im Gesundheitsbereich, die für das Wohlergehen EU-Bürger unerlässlich sind.

Die Slowakische Republik muss jedoch ihre Enttäuschung über den vorgeschlagenen Beschluss des Rates über die Annahme der Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) zum Ausdruck bringen.

Erstens sind wir angesichts der Tatsache, dass die Überarbeitung der IGV vom Juni 2024 erhebliche Auswirkungen auf die nationalen Maßnahmen und Kapazitäten haben wird, davon überzeugt, dass eine komplexere und gründlichere Analyse dieses Beschlusses hätte vorgenommen werden sollen.

Zweitens möchten wir betonen, dass gemäß den Artikeln 61 und 62 der IGV (2005) jeder Mitgliedstaat das Recht hat, innerhalb der festgelegten Frist einen Vorbehalt zu Änderungen der IGV anzubringen oder diese abzulehnen.

Drittens sind wir in diesem Zusammenhang zutiefst besorgt über die Diskrepanz zwischen einerseits der von der WHO eingeräumten Möglichkeit, Vorbehalte oder Ablehnungen geltend zu machen, und andererseits dem rechtsverbindlichen Charakter des Ratsbeschlusses.

Schließlich bedauern wir, dass im vorgelegten Ratsbeschluss eine klare Aufteilung zwischen den Zuständigkeiten der EU und den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten fehlt, so wie sie in der Gruppe mehrfach von verschiedenen Mitgliedstaaten gefordert wurde.

Aus den oben genannten Gründen hat die Slowakische Republik beschlossen, den vorgeschlagenen Ratsbeschluss abzulehnen.
